

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	VII
Allgemeine Literatur	XX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
§ 1 Überblick über die einzelnen Stadien des Strafverfahrens, Ziele des Strafverfahrens, Begriff und Funktionen sowie Rechtsquellen des Strafprozessrechts	1
§ 2 Prozessmaximen	19
§ 3 Aufbau der Strafverfolgungsbehörden und sachliche sowie funktionelle Zuständigkeiten (am Beispiel des Kantons Zürich)	71
§ 4 Die örtliche Zuständigkeit	84
§ 5 Die Verfahrensbeteiligten	92
§ 6 Die Beweise	115
§ 7 Die strafprozessualen Zwangsmassnahmen	181
§ 8 Die Prozessvoraussetzungen	255
§ 9 Die Verfahrenshandlungen	261
§ 10 Entscheide	264

§ 11 Die Verfahrensstadien	271
§ 12 Besondere Verfahrensarten	298
§ 13 Rechtsmittel	337
§ 14 Verfahrenskosten, Entschädigung und Genugtuung	367
Stichwortverzeichnis	375

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Allgemeine Literatur	XX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

§ 1 Überblick über die einzelnen Stadien des Strafverfahrens, Ziele des Strafverfahrens, Begriff und Funktionen sowie Rechtsquellen des Strafprozessrechts	1
1. Überblick über das Strafverfahren	1
1.1 Vorverfahren	2
1.2 Hauptverfahren	2
1.3 Rechtsmittelverfahren	3
1.4 Vollzug	3
2. Ziele des Strafverfahrens	3
3. Begriff und Funktionen des Strafprozessrechts	5
3.1 Begriff des Strafprozessrechts	5
3.2 Funktionen des Strafverfahrensrechts	6
3.3 Das den Konventionen zugrunde liegende Verständnis des Strafprozessrechts	8
4. Abriss der Entwicklung des Strafprozessrechts	9
4.1 Der germanische Rechtsgang	10
4.2 Das Inquisitionsverfahren	11
4.3 Das reformierte Strafverfahren	14
5. Rechtsquellen des Strafprozessrechts	16
§ 2 Prozessmaximen	19
1. Die Offizialmaxime	19
2. Das Legalitäts- und das Opportunitätsprinzip	20
3. Die Achtung der Menschenwürde sowie der Anspruch auf ein faires Verfahren und daraus ableitbare Prinzipien (rechtliches Gehör, Treu und Glauben, Waffengleichheit)	23

3.1	Die Achtung der Menschenwürde	25
3.2	Der Anspruch auf ein faires Verfahren (fair trial, fair hearing)	26
3.3	Der Anspruch auf rechtliches Gehör	29
3.4	Der Grundsatz von Treu und Glauben	31
3.5	Das Prinzip der Waffengleichheit	34
4.	Der Anklagegrundsatz	35
4.1	Der Begriff der Anklage gemäss Konventionsrecht	35
4.2	Der Anklagegrundsatz gemäss nationalem Strafprozessrecht	36
5.	Das Beschleunigungsgesetz	39
6.	Die Instruktionsmaxime, der Wahrheitsgrundsatz und die (beschränkte) Dispositionsmaxime	43
6.1	Die Instruktionsmaxime und der Wahrheitsgrundsatz	43
6.2	Die (beschränkte) Dispositionsmaxime	44
7.	Das Prinzip der Unmittelbarkeit bzw. der Mittelbarkeit	45
7.1	Begriffe	45
7.2	Gesetzliche Regelung	46
8.	Die Prinzipien der Mündlichkeit und der Schriftlichkeit	49
9.	Die Dokumentationspflicht	50
10.	Der Grundsatz der Öffentlichkeit	53
10.1	Die Arten der Öffentlichkeit	53
10.2	Ausnahmen vom Öffentlichkeitsgrundsatz	56
11.	Die Unschuldsvermutung, der Grundsatz in dubio pro reo und der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	58
11.1	Die Unschuldsvermutung	58
11.2	Der Grundsatz «in dubio pro reo»	60
11.3	Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	61
12.	Der gesetzliche Richter	63
12.1	Grundsatz	64
12.2	Der Anspruch auf den gesetzlichen Richter	64
12.3	Der Anspruch auf einen unabhängigen und unbefangenen Richter	65
12.3.1	Unabhängigkeit	65

12.32 Unparteilichkeit, Unbefangenheit und Unvoreingenommenheit	66
12.4 Die Geltendmachung des Anspruchs	70
§ 3 Aufbau der Strafverfolgungsbehörden und sachliche sowie funktionelle Zuständigkeiten (am Beispiel des Kantons Zürich)	71
1. Bürgerliche Gerichtsbarkeit bei Erwachsenen	71
1.1 Kantonale Untersuchungs- und Anklagebehörden	72
1.11 Polizei	72
1.12 Staatsanwaltschaft als Untersuchungs- und Anklagebehörde	73
1.13 Weitere Behörden	73
1.2 Kantonale Erkenntnisbehörden	74
1.21 Bezirksgericht	74
1.22 Einzelgericht	75
1.23 Zwangsmassnahmengericht	75
1.24 Obergericht	76
1.25 Geschworenengericht, Kassationsgericht und Friedensrichter	76
1.3 Eidgenössische Strafverfolgungsbehörden	77
1.31 Bundesstrafgerichtsbarkeit	77
1.32 Verwaltungsstrafrecht	78
2. Gerichtsbarkeit gemäss Jugendstrafrecht	78
2.1 Jugendrichter oder Jugendanwalt als Untersuchungsbehörde	79
2.2 Kantonale Erkenntnisbehörden	80
2.21 Bezirksgericht	80
2.22 Einzelgericht	80
2.23 Zwangsmassnahmengericht	80
2.24 Obergericht	80
2.25 Mediation im Jugendstrafverfahren	81
2.3 Eidgenössische Strafverfolgungsbehörden	81
2.31 Bundesstrafgerichtsbarkeit	81
2.32 Verwaltungsstrafrecht	81
3. Gerichtsbarkeit gemäss Militärstrafrecht	81
4. Konkurrenzen zwischen verschiedenen Gerichtsbarkeiten	82

§ 4 Die örtliche Zuständigkeit	84
1. Rechtsnatur der Zuständigkeitsregeln	84
2. Bestimmungen über die Strafhoheit und die Gerichtsstandsbestimmungen nach Art. 31 ff. StPO	85
3. Örtliche Zuständigkeit im Erwachsenenstrafrecht	85
3.1 Regelung der örtlichen Zuständigkeit	85
3.2 Gerichtsstandskonflikte und Gerichtsstandsverfahren	85
3.3 Die Gerichtsstände im Einzelnen	86
3.31 Gerichtsstand des Begehungsortes («forum delicti», Art. 31 StPO)	86
3.311 Ein Handlungs- bzw. Erfolgsort (Art. 31 Abs. 1 StPO)	86
3.312 Mehrere Handlungs- bzw. Erfolgsorte (Art. 31 Abs. 2 StPO)	87
3.32 Gerichtsstand bei strafbaren Handlungen im Ausland (Art. 32 StPO)	87
3.33 Gerichtsstand der Teilnehmer und Mittäter (Art. 33 StPO)	88
3.34 Gerichtsstand bei mehreren an verschiedenen Orten verübten Delikten (Art. 34 StPO)	88
3.341 Gerichtsstand der schwersten Straftat (Art. 34 Abs. 1 Satz 1 StPO)	88
3.342 Gerichtsstand bei gleich schweren Straftaten (Art. 34 Abs. 1 Satz 2 StPO)	89
3.343 Verfahrenstrennung nach Anklageerhebung (Art. 34 Abs. 2 StPO)	89
3.35 Gerichtsstand bei Mediendelikten (Art. 35 StPO)	89
3.36 Weitere Gerichtsstände (Art. 36 f. StPO)	90
3.4 Örtliche Zuständigkeit im Verwaltungsstrafrecht	90
4. Örtliche Zuständigkeit im Jugendstrafrecht	90
5. Örtliche Zuständigkeit im Militärstrafrecht	91
§ 5 Die Verfahrensbeteiligten	92
1. Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	92
2. Die beschuldigte Person	92
2.1 Begriff und Stellung der beschuldigten Person	93

2.2 Abgrenzung zum Zeugen	94
2.3 Abgrenzung zur Auskunftsperson	94
3. Geschädigte, Opfer, Privatklägerschaft	96
3.1 Geschädigte Person	98
3.2 Opfer	98
3.3 Privatklägerschaft	99
3.4 Rechte und Pflichten der geschädigten Person, des Opfers und der Privatklägerschaft	100
4. Der Rechtsbeistand (Verteidiger)	101
4.1 Begriffe	103
4.1.1 Rechtsbeistand	103
4.1.2 Verteidigung im materiellen und im formellen Sinn	103
4.2 Fälle notwendiger und fakultativer Verteidigung	103
4.3 Wahlverteidigung und amtliche Verteidigung	104
4.4 Der Anspruch der beschuldigten Person auf formelle Verteidigung	105
4.5 Anforderungen an den Verteidiger	106
4.6 Pflichten des Verteidigers	106
4.7 Rechte des Verteidigers	107
5. Weitere Verfahrensbeteiligte	108
§ 6 Die Beweise	115
1. Allgemeines zur Beweislehre	115
2. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung und Beweisverbote	117
2.1 Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	117
2.2 Beweisverbote	119
2.3 Beweisverwertungsverbote	120
2.3.1 Die Systematik der Beweisverwertungsverbote	123
2.3.2 Die Beweisverwertungsverbote im schweizerischen Strafprozessrecht	124
2.3.3 Die Rechtsprechung des EGMR zu den Beweisverwertungsverboten	127

3. Parteirechte	128
3.1 Anspruch auf rechtliches Gehör im Allgemeinen, Beweisanträge, antizipierte Beweiswürdigung	129
3.2 Teilnahme und Fragerechte gegenüber Belastungszeugen und Anspruch auf Vorladung sowie Befragung von Entlastungszeugen	131
3.21 Das Recht zur Konfrontation von Belastungszeugen	132
3.22 Das Recht auf Teilnahme an der Erhebung von Entlastungsbeweisen	137
3.23 Die Regelung des Anwesenheits- und Mitwirkungsrechts in der StPO	137
4. Personalbeweise	139
4.1 Gemeinsame Bemerkungen	140
4.2 Die beschuldigte Person	142
4.21 Begriff der beschuldigten Person	142
4.22 Pflichten und Rechte der beschuldigten Person	143
4.221 Pflichten der beschuldigten Person	143
4.222 Rechte der beschuldigten Person	143
4.23 Einvernahme der beschuldigten Person	145
4.24 Würdigung der Aussagen der beschuldigten Person	147
4.3 Der Zeuge	147
4.31 Begriff des Zeugen	149
4.32 Pflichten und Rechte des Zeugen	150
4.321 Pflichten des Zeugen	150
4.322 Rechte des Zeugen	150
a) Zeugnisverweigerungsrechte	150
aa) Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund naher Beziehungen	151
bb) Zeugnisverweigerungsrecht zum eigenen Schutz oder zum Schutz nahestehender Personen	151
cc) Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund eines Amtsgeheimnisses	152
dd) Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund eines Berufsgeheimnisses	152
ee) Quellschutz der Medien-schaffenden	154

ff)	Zeugnisverweigerungsrecht bei weiteren Geheimhaltungspflichten	154
b)	Weitere Rechte des Zeugen	155
4.33	Befragung des Zeugen	157
4.34	Würdigung von Zeugenaussagen	157
4.4	Die Auskunftsperson	158
4.41	Begriff der Auskunftsperson	158
4.42	Pflichten und Rechte der Auskunftsperson	159
4.421	Pflichten der Auskunftsperson	159
4.422	Rechte der Auskunftsperson	160
4.43	Befragung der Auskunftsperson	160
4.44	Beweiswürdigung	161
4.5	Der Sachverständige	163
4.51	Begriff des Sachverständigen	163
4.52	Unabhängigkeit und Unbefangenheit des Sachverständigen	165
4.53	Inpflichtnahme des Sachverständigen	165
4.54	Gutachtensauftrag	165
4.55	Ausarbeitung des Gutachtens	166
4.56	Beweiswürdigung	166
4.57	Honorierung des Sachverständigen	167
5.	Sachbeweise	169
5.1	Der Augenschein	169
5.2	Die Urkunden	169
5.3	Berichte und Auskünfte	170
§ 7	Die strafprozessualen Zwangsmassnahmen	181
1.	Begriff und Wesen der Zwangsmassnahmen	181
2.	Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft, vorläufige Festnahme, Ersatzmassnahmen sowie Entschädigung bei rechtswidrig angeordneter bzw. unschuldig erlittener Haft	184
2.1	Tangierte Grundrechte, Begriff und Arten des Freiheitsentzugs	185
2.11	Tangierte Grundrechte	185
2.12	Freiheitsbeschränkung und Freiheitsentzug	186
2.13	Terminologisches	187
2.2	Die Anhaltung und Nacheile	187
2.3	Die Untersuchungshaft	188

2.31	Allgemeines	188
2.32	Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft	189
2.321	Dringender Tatverdacht	189
2.322	Haftgrund	190
2.323	Wahrung des Verhältnismässigkeitsgrundsatzes	195
2.33	Verfahren bei der Anordnung der Untersuchungshaft	196
2.34	Haftentlassungsverfahren	202
2.35	Haftverlängerung	203
2.4	Die Sicherheitshaft	203
2.5	Ersatzmassnahmen für Untersuchungs- und Sicherheitshaft	205
2.6	Die vorläufige Festnahme	205
2.61	Tangierte Grundrechte, Begriff der vorläufigen Festnahme	205
2.62	Die vorläufige Festnahme im Einzelnen	206
2.7	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft	207
2.8	Entschädigung bei rechtswidrig angeordneter bzw. unschuldig erlittener Haft	210
3.	Die polizeiliche Vorführung und Fahndung	211
3.1	Polizeiliche Vorführung	211
3.11	Durchsetzung der prozessualen Erscheinenspflicht	212
3.12	Vorführungsbefehl bei dringendem Tatverdacht und Haftgrund	213
3.2	Fahndung	213
4.	Durchsuchungen und Untersuchungen	213
4.1	Allgemeines	214
4.2	Die Hausdurchsuchung	215
4.3	Durchsuchung von Aufzeichnungen, Siegelung	215
4.4	Durchsuchung von Personen oder Gegenständen	217
4.5	Untersuchungen von Personen und Leichen	217
5.	DNA-Analysen	218
6.	Erkennungsdienstliche Erfassung	220
7.	Beschlagnahme und Edition	220
7.1	Allgemeines	222
7.2	Edition	223

7.3	Beschlagnahme	223
7.31	Beschlagnahme und Zeugnis- sowie Aussageverweigerungsrecht	223
7.32	Beweismittelbeschlagnahme	224
7.33	Beschlagnahme zur Einziehung bzw. zur Rückgabe an den Geschädigten	224
7.34	Beschlagnahme zur Kostendeckung (Sicherstellung von Kosten, Geldstrafen, Bussen und Entschädigungen)	225
7.35	Ersatzforderungsbeschlagnahme	225
8.	Geheime Überwachungsmassnahmen	226
8.1	Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Art. 269-279 StPO)	229
8.11	Allgemeines	229
8.12	Rechtsgrundlagen	230
8.13	Voraussetzungen und Gegenstand der Überwachung	230
8.14	Zuständigkeit der Überwachung	230
8.15	Besondere technische Geräte und Informatikprogramme zur Überwachung des Fernmeldeverkehrs	231
8.151	Einsatz von besonderen technischen Geräten	232
8.152	Einsatz von besonderen Informatikprogrammen	233
8.16	Verkehrs- und Rechnungsdaten	233
8.17	Genehmigungsverfahren und Beendigung der Überwachung, Rechtsmittel	234
8.18	Auswertung und Verwertbarkeit der Ergebnisse und Zufallsfunde	235
8.19	Nachträgliche Mitteilung der Überwachung	236
8.2	Überwachung mit technischen Überwachungsgeräten	237
8.21	Allgemeines	237
8.22	Voraussetzung und Durchführung	237
8.3	Observation	238
8.31	Allgemeines	238
8.32	Voraussetzungen und Zuständigkeit (Art. 282 StPO)	238
8.33	Mitteilung	239
8.4	Überwachung von Bankbeziehungen	239
8.41	Allgemeines und Genehmigungsverfahren	239
8.42	Voraussetzungen, Durchführung und Beendigung	240

8.5	Verdeckte Ermittlung	240
8.51	Allgemeines	240
8.52	Voraussetzungen	241
8.53	Zuständigkeit und Genehmigungsverfahren	242
8.54	Zufallsfunde	242
8.55	Beendigung der verdeckten Ermittlung, Rechtsmittel	242
8.6	Verdeckte Fahndung	243
8.61	Allgemeines	243
8.62	Voraussetzungen und Zuständigkeit	243
8.63	Zufallsfunde	244
8.64	Beendigung der verdeckten Fahndung, Rechtsmittel	244
§ 8 Die Prozessvoraussetzungen		255
1.	Begriff und Wesen der Prozessvoraussetzungen	255
2.	Folgen beim Fehlen einer Prozessvoraussetzung	256
§ 9 Die Verfahrenshandlungen		261
1.	Begriff und Wesen der Verfahrenshandlungen	261
2.	Private Verfahrenshandlungen	261
3.	Behördliche Verfahrenshandlungen	262
3.1	Arten und Ausgestaltung von behördlichen Verfahrenshandlungen	262
3.2	Mangelhafte amtliche Verfahrenshandlungen	263
§ 10 Entscheide		264
1.	Arten von Entscheiden	264
1.1	Sachentscheide und Prozessentscheide	264
1.2	Verfahrensleitende und verfahrenserledigende Entscheide	265
2.	Die Rechtskraft	265
2.1	Allgemeines	265
2.2	Formelle Rechtskraft	266
2.3	Materielle Rechtskraft	266

2.4 Der Grundsatz der Sperrwirkung der abgeurteilten Sache («ne bis in idem»)	267
§ 11 Die Verfahrensstadien	271
1. Das Vorverfahren	271
1.1 Das polizeiliche Ermittlungsverfahren	273
1.2 Das Untersuchungsverfahren	276
2. Einstellung des Verfahrens und Anklageerhebung	278
2.1 Bedeutung dieses Verfahrensstadiums	279
2.2 Einstellung des Verfahrens	279
2.3 Anklageerhebung	281
2.31 Allgemeines	281
2.32 Inhalt der Anklage	282
3. Das erstinstanzliche Hauptverfahren	284
3.1 Rechtshängigkeit, Prüfung der Anklage	285
3.2 Durchführung der erstinstanzlichen Hauptverhandlung	286
3.3 Rechtsmittelverfahren	290
§ 12 Besondere Verfahrensarten	298
1. Das Strafbefehlsverfahren	298
2. Das Übertretungsstrafverfahren	306
3. Das abgekürzte Verfahren	308
3.1 Allgemeines	309
3.2 Gegenstand der Absprache	311
3.3 Dokumentationspflichten bei der Absprache	312
3.4 Voraussetzungen der Durchführung eines abgekürzten Verfahrens	313
3.5 Ablauf des abgekürzten Verfahrens	315
3.6 Hauptverhandlung und Entscheid im abgekürzten Verfahren	318
4. Das Verfahren bei selbständigen nachträglichen Entscheiden des Gerichts	322
5. Das Abwesenheitsverfahren	325

6. Das selbständige Massnahmeverfahren (Friedensbürgschaft)	328
7. Das Verfahren bei einer schuldunfähigen Person	329
8. Das selbständige Einziehungsverfahren	330
9. Besondere Verfahren	332
 § 13 Rechtsmittel	337
1. Grundlegung	337
1.1 Begriffe und Gemeinsamkeiten aller Rechtsmittel	337
1.11 Rechtsmittel und Rechtsbehelf	337
1.12 Gesetzliche Regelung der Rechtsmittel	339
1.13 Arten von Rechtsmitteln	339
1.2 Allgemeine Voraussetzungen von Rechtsmitteln	342
1.21 Anfechtbarer Entscheid	342
1.22 Legitimation	343
1.23 Beschwer (Rechtsschutzinteresse)	344
1.24 Kein Verzicht und kein Rückzug des Rechtsmittels	345
1.25 Formelle Voraussetzungen	346
1.26 Suspensivwirkung	346
1.3 Verbot der «reformatio in peius»	347
1.4 Ausdehnung der Wirkung von Rechtsmittelentscheiden im Fall einer Gutheissung	348
2. Die einzelnen Rechtsmittel	348
2.1 Rechtsmittel bei kantonalen Instanzen	349
2.11 Die Beschwerde	349
2.12 Die Berufung	352
2.13 Die Revision gemäss Art. 410 ff. StPO	356
2.2 Die Beschwerde in Strafsachen ans Bundesgericht	359
 § 14 Verfahrenskosten, Entschädigung und Genugtuung	367
1. Grundlegung	367
1.1 Grundrechtliche Schranken	367
1.2 Begriffe der Verfahrenskosten, der Entschädigung und der Genugtuung	368

2. Die Tragung der Kosten sowie Entschädigung und Genugtuung	369
2.1 Tragung von Kosten im Allgemeinen	369
2.2 Tragung von Kosten bei fehlerhaften Verfahrenshandlungen und Rückgriff	372
3. Kostenentscheid und Rechtsmittel	372
Stichwortverzeichnis	375